

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 11

Artikel: Der Entwurf darf sich sehen lassen
Autor: Schlegel, Florian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339903>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Entwurf darf sich sehen lassen

Kommissionsmitglied Florian Schlegel über die Arbeit am Programm

Die meisten Mitglieder der Programmkommission haben sich zweifellos mit gemischten Gefühlen an die Arbeit gemacht. Dies nicht nur, weil die Zeit, die uns zur Verfügung stand, sehr kurz war und die Sitzungen jeweils an Wochenenden stattfinden mussten, sondern vor allem, weil die Aufgabe an und für sich recht schwierig war. Es musste befürchtet werden, dass die Auslegung der teils diffusen Parteitagsbeschlüsse von Montreux und Interlaken, welche die Grundlage unserer Arbeit zu bilden hatten, zu heftigen und fruchtlosen Auseinandersetzungen führen würden.

In der Kommission wurden zu einzelnen Bereichen lange und auch hitzige Debatten geführt. Und so lang die Debatten waren, so weit gingen gelegentlich die Meinungen auseinander. Doch der von vielen erwartete Eklat hat nicht stattgefunden. Die stunden- und nächtelangen, oft ermüdenden, dann wieder erfrischenden Diskussionen waren — abgesehen von einigen wenigen Ausrutschern — geprägt von hohem Anstand und gegenseitigem Respekt. Von Sitzung zu Sitzung ist man sich menschlich nähergekommen und hat sich — bei allem Unterschied in der Sache — immer besser verstanden. Ich bin sicher, dass im Verlaufe der Arbeiten viele Vorurteile abgebaut wurden.

Dass sich schliesslich eine kleine Gruppe zurückzog und ein Minderheitspapier erstellte, ist weder dramatisch noch aussergewöhnlich, obwohl sich die Kommission das Ziel setzte, wenn immer möglich einen

Konsens zu erzielen. Die nachfolgenden Ausführungen werden zeigen, wie ungewiss die Zukunft in verschiedener Hinsicht aussieht und wie schwierig es ist, die sich stellenden Probleme zu lösen. Es ist deshalb nicht so verständlich, wenn sich in der Beurteilung der Ausgangslage und in der Markierung eines möglichen Weges in die Zukunft gewisse Unterschiede ergeben. Niemand in diesem Land — auch keine Partei und kein Verband — hat ein allein gültiges Rezept zur Bewältigung der schwierigen Zukunftsprobleme.

Ich meine, dass sich der vorliegende Entwurf sehen lassen darf. Dass die Kommissionsmehrheit in dieser kurzen Zeit zu diesem Ergebnis gekommen ist, ist ein grosses Verdienst des Präsidenten Peter Vollmer, der nie aufgegeben hat und der weder die Übersicht noch die Nerven je verloren hat. Für mich persönlich war die Mitarbeit in der Kommission in jeder Beziehung eine wertvolle Bereicherung, die ich nicht missen möchte.

Eine neue Etappe planen

Bevor man sich an die Ausarbeitung eines neuen Parteiprogrammes heranmachen kann, ist eine umfassende Klärung der Ausgangslage vorzunehmen. Es ist zunächst zu untersuchen, was sich seit der letzten Programmrevision im Jahre 1959 geändert hat, wo wir heute stehen, wie sich die gesellschaftspolitischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen, auf denen

wir unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung weiterentwickeln wollen, darstellen.

Nach Vornahme dieser Analyse sind schliesslich die mittel- und längerfristigen programmatischen Zielsetzungen zu umschreiben. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz war, ist und bleibt die politische Bewegung der breiten Arbeitnehmerschichten dieses Landes. Sie vertritt die politischen Interessen — selbstverständlich ohne jeden Unterschied des Geschlechts — sowohl der Heimarbeiter, der Fabrik- und Bauarbeiter wie der Angestellten, Beamten, Akademiker und einzelner Kategorien von Selbständigerwerbenden. Demgemäß sind die programmatischen Zielvorgaben auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundbedürfnisse dieser Bevölkerungsschichten auszurichten. Als historischer Auftrag der Sozialdemokraten bleibt unverändert die Schaffung einer Ordnung, die den Menschen Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit, Solidarität und Frieden in einer sozialen Demokratie gewährleistet.

Gewiss haben wir auf dem Weg zu diesem Ziel wichtige Etappen erreicht. Das darf uns mit Genugtuung erfüllen. Aber noch liegt vieles im argen. Der Programmentwurf unternimmt den Versuch, eine weitere Etappe auf dem langen Weg zu planen. Ein Endziel wird nie erreicht sein, denn jede Ordnung schafft neue Ungerechtigkeiten, neue Unfreiheiten und Abhängigkeiten. *Die programmatischen Etappenziele sind nach Auffassung der Mehrheit der*

Kommission so festzulegen, dass sie im Rahmen unserer demokratischen Ordnung und der absehbaren politischen Kräfteverhältnisse im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte wenigstens teilweise Aussicht auf Verwirklichung haben.

Was hat sich geändert?

Das letzte, aus dem Jahre 1959 stammende Parteiprogramm ist geprägt vom starken Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegsjahre, vom Glauben an unbeschränktes Wirtschaftswachstum und an unbegrenzten technologischen Fortschritt. In den letzten 30 Jahren lagen die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik im Kampf um die gerechtere Verteilung des erarbeiteten Ertrages und in den Bemühungen um den Auf- und Ausbau unserer Sozialversicherungswerke. Es ist keine Frage, dass in dieser Beziehung beachtliche Erfolge erzielt wurden und das 59er-Programm im sozialpolitischen Bereich über weite Strecken erfüllt ist. Kein Sozialdemokrat kann sich das Recht ausnehmen, zu behaupten, dass diese Politik unter den damaligen Rahmenbedingungen und den damaligen Erkenntnissen falsch gewesen wäre.

Heute müssen wir allerdings feststellen, dass uns Wirtschaftswachstum, technologischer Fortschritt und Motorisierung nicht nur Glück und Segen gebracht haben. Die Gefahren der Technik und die Schäden des Fortschritts sind offenkundig geworden. Ich möchte das mit einigen Beispielen verdeutlichen.

1. Im Bereich Bevölkerung, Ressourcen, Umwelt. Der Bericht «Global 2000», der im Auftrage des früheren amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter von einer Reihe von Wissenschaftern ausgearbeitet wurde, stellt die Prognose, dass

es bis zum Jahre 2000 und darüber hinaus zu einem enormen Anwachsen der Weltbevölkerung mit allen den damit verbundenen Problemen kommen werde. Von den prognostizierten 6,3 Mia. Menschen (heute sind es etwa 4,5 Mia.) würden 5 Mia. in unterentwickelten Ländern leben. Die Ernährungssituation werde sich in bestimmten Teilen der Erde noch erheblich verschärfen. Die Unterernährung dieser Menschen müsste zwar nicht sein, denn es wäre an und für sich genug da für alle. Man dürfte es ihnen nur nicht vorenthalten.

Weil die Waldflächen weltweit rapid zurückgehen, seinen nachteilige Auswirkungen auf Wasser und andere Ressourcen zu erwarten. Als eines der schwerwiegendsten Probleme erblickt der Bericht Global 2000 die zunehmende Verschlechterung und den fortlaufenden Verlust an landwirtschaftlich genutztem Boden.

Die Studie deutet darauf hin, dass bis zum Jahr 2000 zwischen einer halben Million und zwei Millionen Pflanzen- und Tierarten — das sind 15-20 Prozent aller auf der Erde lebenden Arten — ausgestorben sein können, zum Teil wegen des Rückgangs unberührter Lebensräume, zum Teil wegen der Umweltverschmutzung. Allein in Europa ist ein Viertel aller Tier- und Pflanzenarten am Aussterben.

60'000 chemische Gifte sind bei uns im Gebrauch und Umlauf, darunter 200 Gifte, die sich nicht oder in länger als 100 Jahren abbauen. Sie befinden sich im Wasser, im Boden, in der Luft, in uns selbst. Wegen der Wasserverschmutzung sind rund 7 Prozent der Weltbevölkerung von einer Wurmkrankheit befallen. Asche, Staub, Schwefel- und Kohlendioxyd bewirken Smog und saure Regen. Hektarenweise sterben Bäume ab. Auch in unseren Ge-

genden hat das Sterben von Weisstannen besorgnisregende Ausmaße angenommen. Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass 60-90 Prozent der Krebserkrankungen auf die industrielle Umweltverschmutzung zurückzuführen sind. Wir sind uns sicher alle darin einig, dass die Umweltzerstörung gestoppt werden muss, weil sie ein unerträgliches Ausmass angenommen hat.

2. Im industriell-technologischen Bereich. Das erste, im Jahr 1946 erbaute Elektronengehirn brauchte für sich allein ein Häuschen und soviel Strom wie eine elektrische Lokomotive. Weitauß bessere Computer sind heute nicht grösser als ein Stück Zucker und verbrauchen kaum noch etwas. Der erste IBM Computer kostete 1 Million Dollar. Seine Mini-Ausführung kostet heute 20 Dollar. Mit anderen Worten: Mikroprozessoren und Roboter sind im Anmarsch. In den Toyota-Automobilwerken in Japan wurde bereits ein Viertel der Montagearbeiter durch Roboter ersetzt. Bei Citroën in Frankreich werden die Karosserien von einem Roboter zusammengeschweisst, der die Arbeit von dreissig Arbeitern leistet. Im Druckgewerbe setzen neue elektronische Maschinen 8 Mio. Zeichen in der Stunde, während es die klassischen Maschinen höchstens auf 25'000 brachten. Die menschenlose vollautomatische Fabrik ist zwar immer noch eine Vision, allerdings eine inzwischen greifbare. In Japan soll bis 1985 die erste vollautomatische Fabrik entstehen, in der ohne Arbeiter Präzisionswerkzeugmaschinen produziert werden.

Im Büro spielt sich sinngemäss das gleiche ab wie in der Fabrik. Nach einer Studie der Siemens sind etwa 30 Prozent der Arbeitsplätze im Büro automatisierbar.

Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Die neueste Studie des «Club of Rome» prophezeit, dass bis zum Jahr 2000 jeder dritte Arbeitsplatz wegklassifiziert sei. In den westlichen Industrienationen zählt man schon heute rund 30 Mio. Arbeitslose.

Wie steht es also morgen um unsere Arbeitsplätze? Können wir zu Hause bleiben? Was sollen wir dort tun? Von was sollen wir leben?

3. Im Bereich der Wirtschaft. Die Entwicklung der Wirtschaft führte über gewaltige Konzentrationsprozesse zu einer wirtschaftlichen Machtballung und zur Vorherrschaft der Wirtschaftsinteressen vor den politischen Entscheiden.

Der Arbeitnehmer ist von den Entscheiden der Unternehmungen weiterhin ausgeschlossen. Kündigungen und Betriebs-schliessungen steht er machtlos gegenüber.

Die vergangenen Jahrzehnte waren industriell-technologisch geprägt durch einen Innovationsschub, der die Entwicklung des Automobils und die Massenmotorisierung, die Verarbeitung von Kunstfasern, das Fernsehen und das Telefon brachte.

Heute stehen wir an einem Wendepunkt. Wir stehen am Anfang einer wirtschaftlichen Epoche, die viele Experten mit *Superindustrialisierung* bezeichnen. Neue Technologien sind in voller Entwicklung, so die *Mikroelektronik* und neue Materialtechnologien, insbesondere die Halbleitertechnik, die Laser-technik sowie Glas- und Metallfasern; die *Gentechnologie*, vor allem die Herstellung von Chemikalien und Pharmaka durch «Bioroboter»; die Biomassenverarbeitung, d.h. die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Baustoffen, chemischen Grundprodukten und Brennstoffen aus Pflanzen; die

alternative Energietechnik, wie Windenergie und Erdwärme, vor allem aber die Solartechnik sowie die *Umweltschutz- und Ökotechnologien*.

Es wird auch in Zukunft Wirtschaftswachstum geben, aber durch die Verbindung von Industrie und Ökologie wird sich das Wachstum verändern. Das neue Wachstum wird viel weniger Rohstoffe und Energie brauchen, dank neuen Materialien, besseren Methoden und vollständigerer Wiederverwertung. *Und je weiter die Automatisierung voranschreitet — und die ist nicht aufzuhalten — wird es ein Wachstum ohne menschliche Arbeit sein.*

Fast alle Weichen auf den super-industriellen Durchbruch sind gestellt. Der Weg zu neuen wirtschaftlich-industriellen Ufern, auf dem eine Synthese von Industrie und Ökologie gefunden werden soll, wird aber — so sagen es Experten voraus — jahrzehntelang dauern, krisenreich und voller politischer Spannungen mit harten Verteilungskämpfen sein.

4. Im Bereich Staat und Verwaltung. Ein Gefühl der Ohnmacht, der Überforderung und Enttäuschung gegenüber dem bürokratischer und anonymer gewordenen Staat führt dazu, dass weit mehr als die Hälfte der Stimmbürger ihre demokratischen Rechte nicht mehr wahrnehmen. Das gilt vor allem für die Arbeitnehmer. Diese Staatsverdrossenheit wird vom politischen Gegner dazu ausgenutzt, um die bestehenden Privilegien noch weiter auszubauen. Die Finanzkrise des Staates wird vom Rechtsbürgertum dazu benutzt, um mit dem Schlagwort «Mehr Freiheit — weniger Staat» den Rückwärtsgang einzuschalten und Hand an die mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften zu legen. Ebenso ist eine Rechtsradikalisierung, die zu ernsthafter Be-

drohung von Freiheitsrechten führt, nicht zu verkennen.

Durch die zunehmende Computerisierung der Verwaltung fühlen sich viele Menschen eingeengt oder gar überwacht. In der Schweiz werden in den öffentlichen Verwaltungen über jeden einzelnen Bürger 15-20 verschiedene Dossiers geführt. Daraus ergeben sich mannigfache Gefahren des Missbrauchs. Der Staat und seine Einrichtungen müssen durch geeignete Massnahmen wieder überschaubarer gemacht werden.

Programmentwurf sucht Antworten

Ausgehend von dieser seit 1959 stark veränderten Ausgangslage und von einer Reihe von ungewissen Zukunftsperspektiven hat die Programmkommission versucht, Antworten zu finden auf die Fragen, die sich heute, morgen und übermorgen stellen.

Der Entwurf analysiert die Ausgangslage oder die Betroffenheit aus vier verschiedenen Blickwinkeln. Aus dem Blickwinkel des einzelnen Menschen, aus dem Blickwinkel der Wachstumsgesellschaft, aus dem Blickwinkel des Staatsbürgers sowie aus dem Blickwinkel des auslandabhängigen Kleinstaates.

In mehreren Abschnitten werden die Grundsätze und Standorte sozialdemokratischer Politik formuliert. *Der demokratische Sozialismus* wird sich wie bis anhin auch in Zukunft gegen jede Herrschaft von Menschen über Menschen, gegen die Vorherrschaft des Ökonomischen von dem Menschlichen wenden. *Im Zentrum aller unserer Zielsetzungen, die wir mit demokratischen Methoden durch Mehrheiten erreichen wollen, steht die Würde des einzelnen Menschen — der Respekt und die Achtung vor ihm.* Dazu braucht es die *Überwin-*

dung des Kapitalismus durch eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft und durch demokratische Kontrolle von wirtschaftlicher Macht. Dieses umfassende Ziel ist selbstverständlich nur schrittweise, auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln zu erreichen. Das Programm zeigt verschiedene Möglichkeiten auf. Letztlich geht es darum, die alleinige private Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln aufzuheben und die Wirtschaft in einem gesellschaftlichen Rahmen zum Wohle aller zu entwickeln. Das bedeutet weder Enteignung noch Verstaatlichung. Es geht vielmehr um einen schrittweisen Prozess, bei dem die Arbeitnehmer die Verfügungsgewalt über das Kapital mindestens soweit gewinnen, als durch ihre Arbeit neues Kapital geschaffen wird.

Wir befinden uns mit diesen Forderungen in guter Gesellschaft. Auch die katholische Soziallehre räumt der Arbeit gegenüber dem Eigentum — dem Kapital — eine prioritäre Stellung ein. Der Standpunkt des Kapitalismus, der das ausschliessliche Recht des Privateigentums an den Produktionsmitteln wie ein unantastbares «Dogma» des Wirtschaftslebens verteidigt, sei unannehmbar, schreibt Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika über die menschliche Arbeit vom September 1981. Er schliesst auch die Sozialisierung von Produktionsmitteln nicht aus. Miteigentum an Produktionsmitteln, Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung, Arbeitnehmeraktien und dergleichen sind Begriffe, die auch in der katholischen Soziallehre zu finden sind.

Selbstverwaltung ist eine mögliche Lösung, aber keineswegs die einzige und alleinseligmachende. Der Entwurf deutet an, wo *Selbstverwaltung* möglich ist. Er zeigt aber auch auf, wo

sie Utopie bleibt. *Selbstverwaltung* ist dort möglich und anzustreben, wo die Dinge für den einzelnen noch überschaubar sind.

Bei den *wirtschaftlichen Massnahmen* geht der Entwurf davon aus, dass die Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eines der vorrangigsten Probleme sein wird. Er geht auch davon aus, dass die übrigen Industrienationen, die zum Teil heute schon beträchtliche Arbeitslosenquoten haben, zu ähnlichen Massnahmen (Arbeitszeitverkürzungen, Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen usw.) greifen müssen. Zur Sicherung der Vollbeschäftigung ist ein begrenztes Wirtschaftswachstum unentbehrlich, ein Wachstum mit neuen Technologien. Die Ökologie bedeutet weder das Ende der Industrie noch ist sie an und für sich industrieindlich. *Das Ziel muss es sein, die Bedürfnisse der Ökonomie mit den Erfordernissen der Ökologie in Einklang zu bringen.*

Die Sozialdemokratie steht nach wie vor fest auf dem Boden der Demokratie. Sie erteilt allen totalitären Staatsformen eine klare Absage. Demokratie, wie wir sie verstehen, geht allerdings weit über die blosse Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen hinaus. Sie muss auch Eingang finden in die Arbeitswelt und in den Alltag. Wir stehen auch zum Rechtsstaat. *Rechtsstaat heisst für uns allerdings nicht nur Schutz des Eigentums und anderer Privilegien. Unter Rechtsstaat verstehen wir vielmehr auch Schutz der Freiheit und der Rechte des einzelnen Menschen.* Wir wollen eine Freiheit, die den Bürger vor privater wie vor staatlich-bürokratischer Übermacht schützt.

Der Entwurf legt ein klares Bekenntnis ab zur Mitarbeit in diesem Staat, insbesondere

auch zur *Regierungsbeteiligung*. Sie ist ein Mittel zur Verwirklichung unserer politischen Ziele. Sie ermöglicht Einflussnahme auf die staatliche Verwaltung. Es kann allerdings Verhältnisse geben, unter denen der Preis der Regierungsbeteiligung zu hoch wird. Wenn die Nachteile eindeutig überwiegen, soll sich die Partei im Bund, in einem Kanton oder in einer Gemeinde in die Opposition zurückziehen.

Das Ja zur Regierungsbeteiligung ist somit nicht ein Ja auf alle Zeiten und zu jedem Preis. Die Mandatsträger in den Parlamenten und namentlich in den Exekutivbehörden haben gegenüber der Partei eine Reihe von Pflichten zu erfüllen. Es sind durchwegs annehmbare und erfüllbare Pflichten, vor allem, wenn sich die Partei ihrerseits auch an bestimmte Grundsätze und Spielregeln hält. Das Verhältnis zwischen Mandatsträgern und Partei ist für das Ansehen und die Stosskraft unserer Bewegung von entscheidender Bedeutung.

Der Entwurf bekennt sich auch zur Fortsetzung des *Bündnisses mit den traditionellen Partnern* — den Gewerkschaften und den Arbeiter-, Kultur- und Sportorganisationen. Die Partei soll in Einzelfragen aber auch mit anderen Gruppierungen und Bewegungen oder Bürgerinitiativen zusammenspannen, wenn diese das gleiche Ziel verfolgen.

Das Programm befasst sich schliesslich detailliert mit achtzehn Einzelbereichen der Politik, in denen konkrete Postulate als Wegleitung für unsere praktische Politik in- und ausserhalb der Parlamente aufgestellt werden. Postulate, welche in einem demokratischen Verfahren die schrittweise Verwirklichung einer Gesellschaftsordnung ermöglichen, die den Menschen gerechter wird als die

heutige, die uns solidarische Freiheiten sichert. In diesen Einzelbereichen wird auch unser Verhältnis zur Sicherheitspolitik, zur Armee, umschrieben. Die Sozialdemokratische Partei steht in ihrer überwiegenden Mehrheit zur militärischen Landesverteidigung als Mittel der Friedenssicherung. Die Armee und deren Ausstattung soll unseren kleinstaatlichen Verhältnisse angemessen sein. Die positive Einstellung zu einer unseren Verhältnissen und unserer Stellung in der Welt angemessenen Abwehrbereitschaft verwehrt uns allerdings das demokratische Recht nicht, die einzelnen Militärvorschläge jeweils kritisch unter die Lupe zu nehmen. Es würde den Rahmen sprengen, auf die Einzelbereiche näher einzutreten.

Zum Antrag der Kommissionsminderheit

Die aus etwa 6 Mitgliedern der Kommission zusammengesetzte Minderheit stellt in ihrer Erklärung den Antrag, die Beschlüsse des Parteitages 1982 lediglich als weitere Etappe auf dem Weg zu einem neuen Parteiprogramm zu deklarieren und die innerparteiliche Diskussion noch einige Jahre in breiterer und vertiefter Form fortzuführen.

Demgegenüber vertritt die Mehrheit die Auffassung, dass der Zeitpunkt nun gekommen sei, den innerparteilichen Klärungsprozess nach etlichen Jahren der Diskussion zum Abschluss zu bringen. Der vorliegende Entwurf bilde dafür eine taugliche Grundlage.

Wie in der Analyse zur heutigen Lage dargetan wurde, stehen wir in unserem Land und in der Welt in mancherlei Hinsicht an einem Wendepunkt. An einem Punkt, der grundlegende Weichenstellungen notwendig macht. Wenn sich die SPS noch einige Jahre mit sich selber be-

schäftigen will, dann werden die politischen Gegner die Weichen allein gestellt haben. Dann ist der Zug in die Zukunft abgefahren, dann nützt uns das schönste Programm nichts mehr.

In materieller Hinsicht unterscheidet sich die Minderheit von der Mehrheit vor allem in zwei Grundsatzfragen ganz wesentlich. Sie will ähnlich des ursprünglichen Vorentwurfes die Selbstverwaltung als zentrale Zielsetzung in den Mittelpunkt stellen. Auf die Frage, wie man aber beispielsweise unser Wirtschaftssystem in absehbarer Zeit auf Selbstverwaltung umstellen kann, bleibt sie — wie schon die Verfasser des Vorentwurfes — die Antwort schuldig. Man rennt einer theoretisch zwar durchaus faszinierenden Idee nach, glaubt aber wohl selber nicht einmal an deren Verwirklichung. *Die politischen Handwerker brauchen aber für ihre Alltagsarbeit in Partei und Behörden nicht eine Utopie, sondern die Handlungsanleitung, die vom Boden der Realität nicht meilenweit entfernt ist.* Der zweite Punkt, in dem sich Mehrheit und Minderheit wesentlich unterscheiden, betrifft das Verhältnis zum Staat. Die Minderheit will zu diesem Staat, den sie als bürgerlichen Staat bezeichnet, auf Distanz gehen, weil der Vorrat an gemeinsamen Wertvorstellungen erschöpft sei. Der Parlamentarismus wird als Kampfform in den Vordergrund gestellt. Eine Mitwirkung in den Regierungen soll nur noch unter sehr einschränkenden Bedingungen angestrebt werden.

Ich möchte dazu zwei Dinge sagen. Meines Erachtens fällt die Beurteilung dieses Staates entschieden zu düster aus. Man sieht das alles zu einseitig aus zürcherischer Optik und vergisst, dass dieser Staat auch ein schönes Stück weit unser Staat ist. Zum zweiten vergisst man,

wie frustrierend und entmutigend ein Jahrzehntelanges Schattendasein in der Opposition sein kann.

Schlussbemerkungen

Gewiss, niemand kann und will behaupten, dass der vorliegende Entwurf der Mehrheit auf alle wichtigen Fragen unserer Zeit und der nächsten Zukunft Antworten findet, und erst noch die einzige richtigen. Der Entwurf will nicht mehr und nicht weniger sein als der redliche Versuch Lösungsmöglichkeiten aus der heutigen sozialdemokratischen Sicht und Beurteilung heraus aufzuzeigen. Lösungsmöglichkeiten, die zwar im einzelnen — im Detail — immer wieder anpassungsbedürftig sein werden, die sich aber an den aufgestellten Grundsätzen orientieren können. *Es gibt kein Programm — weder ein sozialistisches noch ein bürgerliches —, das auf alle Fragen die einzige richtigen Rezepte bereit hat.* So gesehen, ist dieses Programm nichts abschliessendes, nichts endgültiges. Es stellt lediglich die Leitplanken auf für eine weitere Etappe auf unserem langen Weg. Es ist weder ein Selbstbedienungsladen noch ein Steinbruch. Es werden darin nur Probleme behandelt, die sich heute, morgen oder übermorgen tatsächlich stellen.

Der vorliegende Entwurf ist geeignet, der Sozialdemokratischen Partei wieder klare Konturen, wieder eine Identität zu geben. Dabei kommt es nicht so sehr auf jedes einzelne Wort an. Entscheidend ist die Stossrichtung. Ich bin sicher, dass die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder mit dieser Stossrichtung einverstanden ist.

Es ist für unsere Partei ein lebensnotwendiges Gebot, die Programmdiskussion nun abzuschliessen. Es stehen nicht nur wichtige Wahlgänge vor der

Tür, sondern noch viel wichtiger ist, dass unsere in hohem Maße verunsicherten Mitglieder und Wähler endlich wieder wissen, wohin der Weg der Sozialdemokraten führen soll. Aber auch für die Werbung neuer Mitglieder ist eine klare programmatische Grundlage unerlässlich. Aus all diesen Gründen ist dem innerparteilichen Seilziehen um die programmatische Ausrichtung endlich ein Ende zu setzen. Ein neues Programm allein genügt aber nicht. Die sozialdemokratische Politik muss wieder mehr als in letzter Zeit eine klare Linie erhalten. Sie muss wieder glaubwürdig werden.

Das Programm bietet die Grundlage dazu. Die programmatische Orientierungslosigkeit hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass man — um bei allen möglichen Bewegungen und Strömungen Sympathien zu ergratzen — oft wichtige sozialdemokratische Grundsätze in Frage gestellt hat. Die Bereitschaft zu Konzessionen an dieses und jenes Grüppchen hat sich nicht ausbezahlt. *Vielmehr wurden dadurch unsere Mitglieder und Stammwähler irritiert und verunsichert. Zu oft ist es auch vorgekommen, dass Parlamentsfraktion und Parteiorgane zu wichtigen Fragen unterschiedliche Meinungen hatten.*

Darunter hat die Glaubwürdigkeit unserer Partei ernsthafte Schaden genommen. Wenn es uns gelingt, uns auf der Grundlage des Programmenvorwurfs zu mehr Geschlossenheit und zu einer in der Sache zwar durchaus harten, aber gradlinigen und glaubwürdigen Politik zurückzufinden, dann wird es wieder eine Freude sein, als Sozialdemokrat sozialdemokratische Politik vertreten zu dürfen. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die am Parteitag unterliegen, Demokraten genug sind, den Entscheid der Mehrheit zu akzeptieren oder dann die Konsequenzen zu ziehen.

Zur Debatte über den Programmentwurf

Ja zu Klarheit und Realitätssinn

Kommissionsmitglied Hermann Engler zu beiden Papieren

1. Zur Ausgangslage von «Lugano»

Als ich meine Tätigkeit als «Programmwanderprediger» in eher ländlich geprägten Parteisektionen aufnahm, war ich erstaunt, dass sich die Diskussion in der Regel nicht an den Kontrasten zwischen dem Programmentwurf und dem Minderheitspapier, resp. an den dahinter steckenden ideologischen Differenzen, entzündete. Im Vordergrund stand vielmehr meist die skeptische Frage, weshalb es sich die SP ausgerechnet im jetzigen Zeitpunkt leiste, derart viel Zeit und Geist in eine teilweise doch sehr abstrakte Programmdiskussion zu investieren. Angesichts der sich verschlechternden Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage und handfester Anzeichen für zum Teil existenzbedrohende Entwick-

lungen (z.B. Umweltbelastung) gäbe es im Interesse der Arbeitnehmer wichtigeres zu tun, als sich über Prinzipien, wie «Selbstverwaltung» die Köpfe zu zerbrechen, d.h. über etwas, unter dem sich die wenigsten etwas Konkretes vorstellen können.

An den gleichen Versammlungen und von den gleichen Genossinnen und Genossen wurde dann allerdings oft auch beanstandet, dass der Programmentwurf zu umfangreich geraten sei und daher auf die Hälfte gekürzt werden müsse, wobei allerdings die Ausführungen zum Thema XY unbedingt auszubauen und zu vertiefen wären. Auch wurde fast immer die Forderung laut, für die Programmdiskussion (die einige Minuten zuvor als unwichtig bezeichnet worden war) sei den Sektionen wesentlich mehr Zeit

einorzäumen. Dass die Diskussion nicht erst anfangs August 1982 mit dem Versand des Programmentwurfs und des Minderheitspapiers eröffnet wurde, sondern schon im Jahre 1976 (Montreux), und dass dafür zumindest seit Oktober 1981 (Interlaken) substantielle Unterlagen vorliegen, wird meist nicht erkannt.

An der Parteibasis schloss die Programmdiskussion nach einem kurzen Aufslackern eben jeweils sofort wieder ein. Vor allem in den eher ländlichen Sektionen dürfte sich vor Erscheinungen des Programmentwurfs beispielsweise kaum jemand für die Arbeit der Programmkommission und die sich dort abzeichnenden Ergebnisse interessiert haben. Im Aargau ist mir jedenfalls nur eine Sektion bekannt, die dieses Thema in dieser Zeit — bei schlechtem